

Informationspflichten bei der Datenerhebung nach Art. 13, 14 DSGVO Gegenstand der Verarbeitung: Wasser/Abwassergebühren

A. Verantwortlicher

Verantwortlicher für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO:

Stadt Rodgau vertreten durch Magistrat der Stadt Rodgau wiederum vertreten durch Herrn Bürgermeister Max Breitenbach Hintergasse 15 63110 Rodgau

B. Kontaktdaten Datenschutzbeauftragter

Der Verantwortliche hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n benannt, die/den Sie für Auskünfte und weitergehende Fragen gerne unter

SDS Schüllermann Dataservice GmbH Robert-Bosch-Str. 5 63303 Dreieich

E-Mail-Adresse: datenschutz@stadtwerke-rodgau.de

kontaktieren können.

C. Betroffene Personen

Von der Datenverarbeitung betroffen sind insbesondere folgende Personengruppen:

- Adressaten von Bescheiden und sonstigen Schreiben der Stadt und Stadtwerke Rodgau: Dies umfasst Personen, die offizielle Mitteilungen, Rechnungen oder Gebührenbescheide im Zusammenhang mit der Wasserversorgung oder Abwasserbeseitigung erhalten.
- Anschlussnehmer von Wasser- und Abwasserversorgung: Hierzu gehören alle Personen, die an das städtische Wasser- und Abwassernetz angeschlossen sind und somit die entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen.

D. Kategorien personenbezogener Daten

Folgende Kategorien personenbezogener Daten werden verarbeitet:

- Identifikations- und Kontaktdaten (z.B. Familien- und Vorname, Adresse, Kundennummer, ggf. Firma, Vertretungsbefugte)
- Daten zur Identifikation der Verbrauchsstelle (z.B. Wasserzählernummer, Entnahmestelle)
- Verbrauchsdaten (z.B. Wasserbezug, Schmutzwasserverbrauch)
- Grundstücksdaten (z.B. Flächen, Plannummern)
- Abrechnungsdaten (z.B. Bankverbindungsdaten)



Angaben über geleistete oder erstattete Abgaben

E. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Durchsetzung der Wasserversorgungssatzung, der Entwässerungssatzung sowie der dazugehörigen Gebührensatzungen und der Entgeltsatzung zur Abwasserbeseitigung verarbeitet. Darüber hinaus erfolgt die Verarbeitung auch zur Umsetzung anderer gültiger Kostensatzungen der Stadt im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Dies umfasst insbesondere die Bearbeitung von Anträgen, die Veranlagung von Wasser- und Abwassergebühren, die Festsetzung von Kostenerstattungsansprüchen sowie die Erhebung von Beiträgen gemäß dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Ebenso werden Ihre Daten zur Erhebung weiterer Kosten auf Basis der jeweils gültigen Allgemeinen Wasserversorgungs- oder Entwässerungssatzung oder einer anderen relevanten Kostensatzung erhoben.

Diese Verarbeitung erfolgt in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzbestimmungen und dient ausschließlich dem Zweck, die städtischen Pflichten im Rahmen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu erfüllen.

F. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Innerhalb unserer Institution haben ausschließlich Mitarbeiter der Stadt Zugriff auf personenbezogene Daten, die für die Erbringung städtischer Leistungen und die Erfüllung satzungsgemäßer sowie gesetzlicher Verpflichtungen erforderlich sind. Darüber hinaus können auch von der Stadt beauftragte Dienstleister (sog. Auftragsverarbeiter) personenbezogene Daten erhalten, soweit sie Leistungen im Bereich der Wasserlieferung, der Abwasserbeseitigung und -aufbereitung sowie der Zählerablesung erbringen.

Mit diesen Auftragsverarbeitern werden Verträge gemäß Art. 28 DSGVO geschlossen. Diese datenschutzrechtlich vorgeschriebenen Verträge stellen sicher, dass die Dienstleister die personenbezogenen Daten ausschließlich nach Weisung der Stadt und unter strenger Einhaltung der DSGVO verarbeiten. Damit wird der Schutz der personenbezogenen Daten unserer Bürger auf höchstem Niveau sichergestellt.

G. Übermittlung an Drittland

Es erfolgt keine Übermittlung von Daten an ein Land außer halb des Geltungsbereichs der DSGVO.

I. Dauer der Speicherung

Die verarbeiteten personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald das Versorgungsverhältnis beendet ist und keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten mehr bestehen. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn steuerliche oder andere rechtliche Vorgaben keine weitere Speicherung der Daten erfordern. Die Daten werden somit nur solange aufbewahrt, wie es für die Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen und für den Nachweis der ordnungsgemäßen Leistungserbringung erforderlich ist.



II. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) stehen betroffenen Personen insbesondere die folgenden Rechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO): Betroffene Personen haben das Recht, Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung zu erhalten.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO): Sofern personenbezogene Daten unrichtig oder unvollständig sind, können betroffene Personen deren Berichtigung verlangen.
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO): Betroffene Personen können die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, sofern die Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO erfüllt sind. Dabei gibt es Ausnahmen, etwa zur Erfüllung rechtlicher Aufbewahrungspflichten, für öffentliche Archivzwecke, statistische Zwecke oder zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen (Art. 17 Abs. 3 DSGVO).
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO): Betroffene Personen haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, insbesondere:
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO): Betroffene Personen haben das Recht, aus persönlichen Gründen gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen, es sei denn, es bestehen zwingende öffentliche Interessen an der Verarbeitung, die deren Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Bitte beachten Sie, dass wir zur Bearbeitung Ihres Anliegens Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten müssen.

Beschwerderecht:

Falls eine betroffene Person der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden, hat sie das Recht, sich beim zuständigen Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu beschweren. In Hessen können Sie sich an folgende Stelle wenden:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Gustav-Stresemann-Ring 1 65189 Wiesbaden www.datenschutz.hessen.de

Stand Oktober 2025